



"In times of universal deceit, speaking the truth is a revolutionary act."

"If liberty means anything at all, it means the right to tell people what they do not want to hear" George Orwell

global news 3407 04-12-16: Wohin mit Europa?

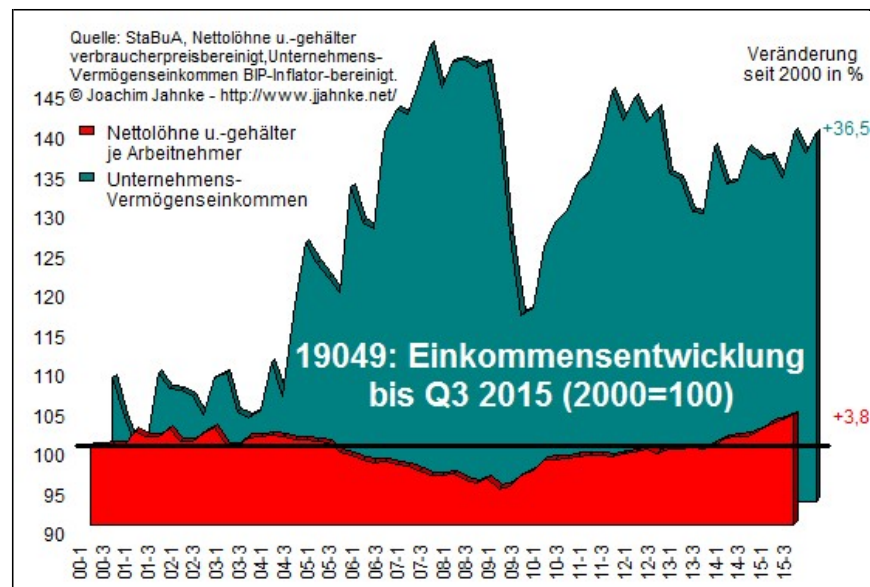
1. Mein Rückblick

Ich gehöre noch zu der Generation, die nicht mehr an die Wiedervereinigung glaubte und sich stattdessen für die Europäische Union quasi als teilweiser Heimatersatz begeisterte. Das verbindet sich bei mir mit besonderer Liebe für Frankreich, dessen Sprache ich früh gelernt und dessen Hauptstadt ich schon als Pimpf begeistert besucht habe. Bereits zu Schulzeiten habe ich mit einem Franzosen eine noch heute haltende Freundschaft begründet, die mich die Dordogne und das Limousin kennenlernen ließ. Fast zwei Jahre lebte ich in Paris und besuchte dort auch die französische Elitehochschule ENA. Eine kleine Zweitwohnung am Mittelmeer verbindet mich weiter mit diesem Land und seinen Attraktivitäten aber auch gewaltigen Problemen. Doch der Glaube an die europäische Entwicklung hat auch bei mir sehr gelitten. Ich schreibe diese Zeilen aus Großbritannien, das in den Brexit driftet.

Erste Zweifel an der europäischen Konstruktion kamen mir bereits in den 70er Jahren, als ich zeitweise im Kabinett eines der Vizepräsidenten der EU-Kommission arbeitete. Zu meiner Überraschung interessierten sich die Vizepräsidenten mehr für die Interessen ihrer Heimatländer als für den Vorteil der Union. Den Beitritt der Osteuropäer hielt ich später für weit übereilt. Die Briten hatten darauf gedrungen, um den Integrationsprozeß zu verwässern, ebenso Deutschland, um sich einen industriellen Hinterhof zu sichern, von dessen niedrigen Arbeitskosten es dann in der Konkurrenz mit dem

Resteuropa profitierte, wobei dies die zerstörerischen Disparitäten in der EU förderte. So kamen Länder in die EU, die nicht bereit waren, die Vorherrschaft Moskaus gegen die Brüssels auszutauschen und die jetzt vielerorts einen integrationsfeindlichen Nationalismus pflegen.

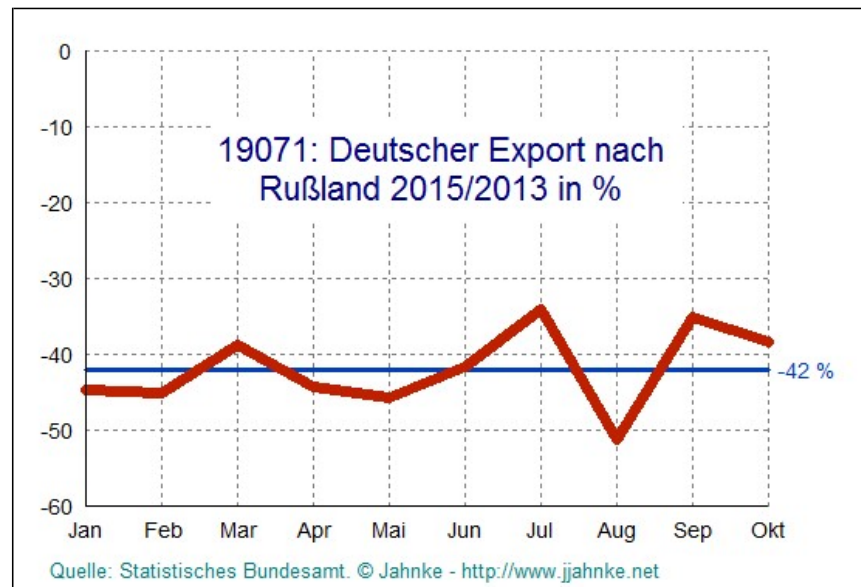
Die EU war im Zeichen des kalten Krieges gegen den Sowjetimperialismus gediehen. Nun fehlte nach dem Mauerfall das klare Feindbild. Die inneren Schwächen traten hervor. Vor allem Deutschland verfolgte nach dem Ende des Kommunismus mit einer rigorosen Lohnbremse (Abb. 19049) und sinkenden Sozialleistungen eine einseitig auf Export setzende neoliberale Politik, mit der unsere Partner nicht mehr mithalten konnten, so daß sie in die Verschuldung getrieben wurden. Die Interessen der deutschen Konzerne waren atlantisch und global orientiert. Für viele war der chinesische Markt wichtiger geworden als der unserer Partner in Europa.



2. Rußland-Krise

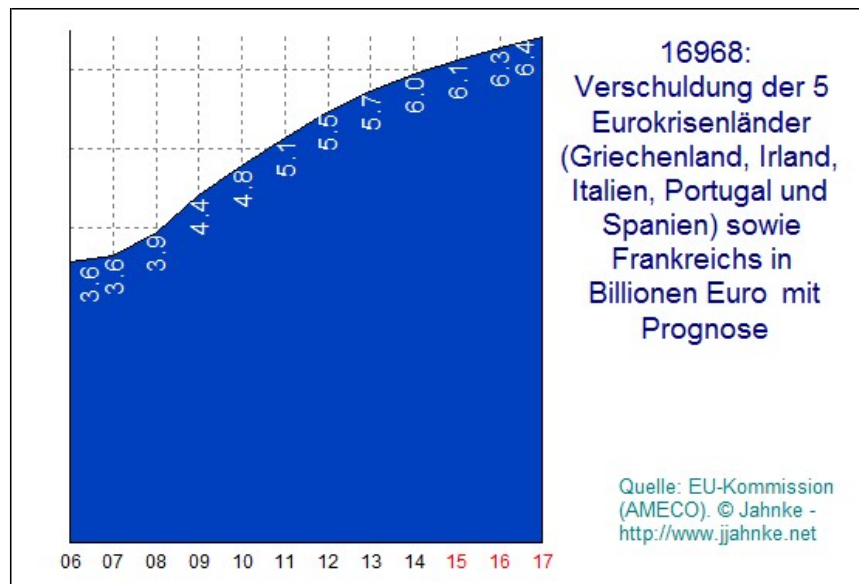
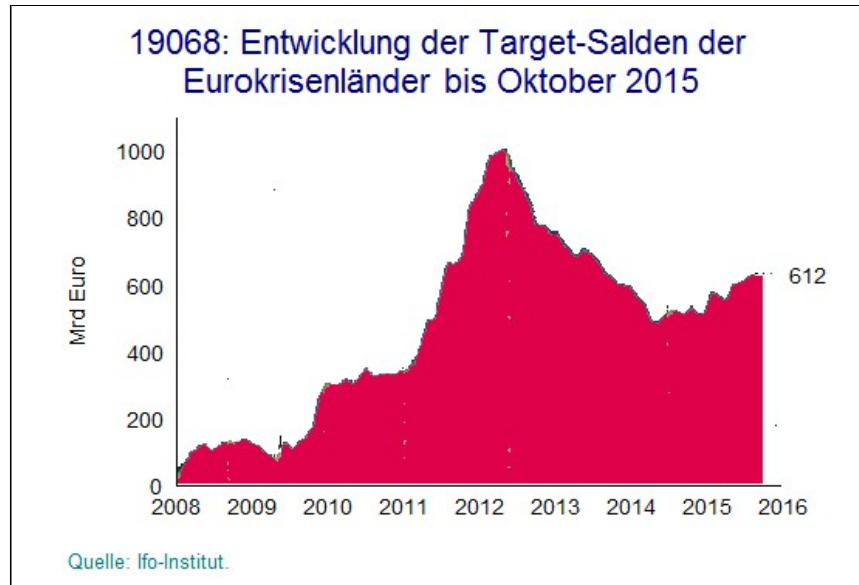
Und in dieser Situation brachen nun gleich drei schwere Krisen aus, die immer noch anhalten und gegen die europäische Integration laufen. **Erstens** verschlechterte sich nach der Annexion der Krim das Verhältnis zu Rußland

rasant und spaltete in der EU die Hardliner von denen, die immer noch auf Verständigung mit Rußland setzen. In den ersten 10 Monaten 2015 lagen die deutschen Exporte nach Rußland bereits um durchschnittlich 42 % unter den Werten für 2013, ohne daß eine Besserung in Sicht wäre (Abb. 19071).



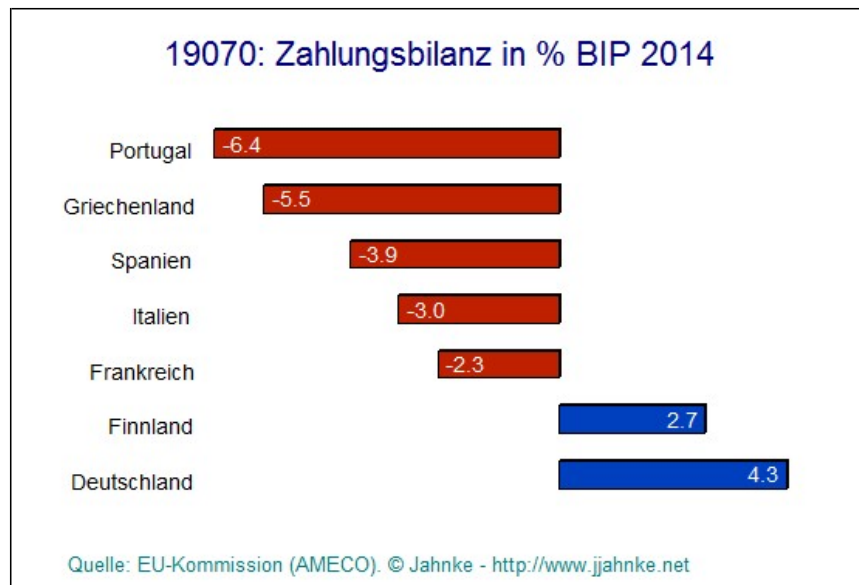
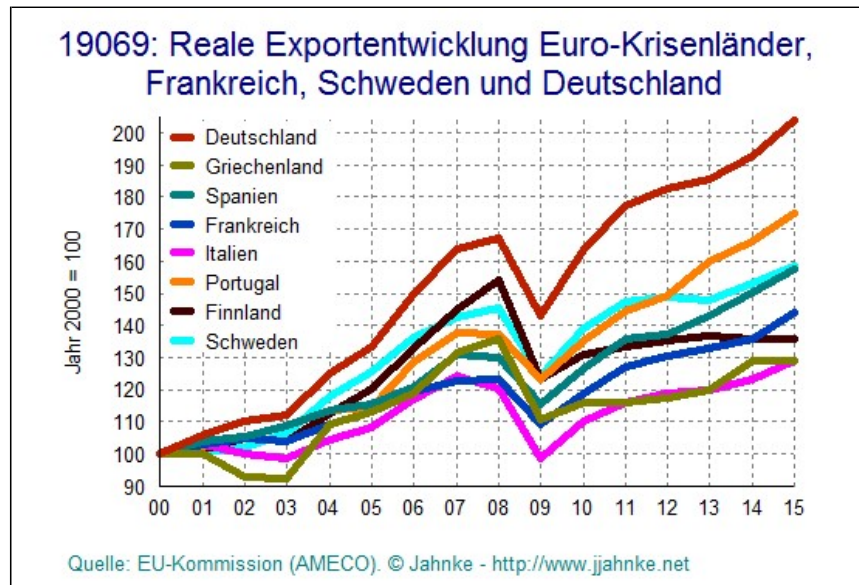
3. Euro-Krise

Zweitens kam die schwere Krise des Euro hinzu, in der sich Deutschland bei seinen Partnern im Süden durch sein Bestehen auf einer rigorosen Sparpolitik und dem Widerstand gegen eine sich ausbreitende Schuldenunion denkbar unbeliebt machte. Diese Krise ist längst nicht ausgestanden. Auch der Target Saldo, auf dem vor allem die Krisenländer anschreiben und der damit das Ausmaß der Kapitalflucht anzeigt, läuft wieder hoch. Er hatte durch Draghis Zusage des maximalen EZB-Einsatzes gedrückt werden können, wird nun aber vor allem im Zeichen kriselnder italienischer Banken erneut hochgetrieben (Abb. 19068). In den Krisenländern, die längst eine erhebliche Abwertung einer eigenen Währung bräuchten, steigt im Zeichen hoher Arbeitslosigkeit die Staatsverschuldung immer weiter, seit 2006 bis zum Prognosehorizont von 2017 fast eine Verdoppelung auf 6,4 Billionen Euro (Abb. 16968).



Der Außenkurs des Euro ist für die Krisenländer sowie Frankreich und Finnland zu stark und hat deren Exportentwicklung gebremst, während er für den deutschen Export viel zu schwach ist, so daß dieser damit stark subventioniert wird, was zu Lasten der deutschen Konsumenten durch kursbedingt verteuerte Importwaren aus dem Nicht-Euroraum geht. Beispielsweise mehr als verdoppelte sich der deutsche Export seit 2000, während der französische nur um 40 %, der italienische um 30 % zunahm

(Abb. 19069). Portugal, Griechenland, Spanien, Italien und Frankreich haben alle erhebliche Defizite in der Zahlungsbilanz mit dem Ausland (Abb. 19070).



Selbst in Finnland, dem einstigen Musterschüler Europas, wird nun über einen Austritt aus dem Euro diskutiert. Das Land steckt in einer tiefen Wirtschaftskrise. Es droht das vierte Rezessionsjahr in Folge und damit die längste Schwächeperiode seit dem Zweiten Weltkrieg. Der finnische

Außenminister Timo Soini erklärte kurz vor Weihnachten, das Land hätte niemals der Währungsunion beitreten dürfen. Stattdessen wäre es besser gewesen, wie in früheren Wirtschaftskrisen die Währung einfach abzuwerten. Da würde die Nation besser dastehen als mit dem Euro. Nur noch 54 % der Finnen wollen die Gemeinschaftswährung behalten, während 31 % einen Austritt befürworten. Vor vier Jahren sprachen sich noch drei Viertel der Bevölkerung für den Euro aus, nur 19 % waren gegen ihn. Inzwischen sagt fast jeder zweite Finne, dass es seinem Land außerhalb der Währungsunion besser gehen würde. Das Parlament wird im kommenden Jahr über einen Austritt aus der Währungsunion debattieren. Nach einem Volksbegehren mit mehr als 50.000 Unterstützern ist es dazu verpflichtet.

4. Flüchtlingskrise

Und dann kam noch **drittens** die gigantische Flüchtlingskrise als weitere der bisher nicht gemeisterten Herausforderungen hinzu. Nach aktuellen Zahlen der Grenzschutzagentur Frontex haben zwischen Januar und November 2015 rund 1,55 Millionen Flüchtlinge die EU-Grenzen illegal überschritten. Für Deutschland sollen es in 2015 1,1 Mio. gewesen sein. Dabei gibt es kaum Anzeichen, daß der Andrang abebbt, zumal in der ganzen Welt schon ca. 60 Mio. Flüchtlinge unterwegs sein sollen. Sie kamen auch im Dezember noch mit einer Tagesrate von etwa 3.000 (oder eine Million pro Jahr) nach Deutschland. Mehr als 3.700 Flüchtlinge sind 2015 im Mittelmeer quasi vor den Augen der Europäer ertrunken. Weder der Außenschutz der EU-Grenzen, noch die Umverteilung der Flüchtlinge funktionieren. Deutschland kann nicht mehr mit solidarischem Verhalten seiner Partner rechnen und wird die durch Selfie-Demonstrationen und Verletzung des Dublin-Abkommens seiner Kanzlerin verschärfte Krise selbst ausbaden müssen, soweit das überhaupt möglich ist.



Doch die Kanzlerin meinte in ihrer Neujahrsansprache, wir hätten "ein umfassendes Konzept politischer Maßnahmen" und wiederholte stereotyp:" Wir schaffen das, denn Deutschland ist ein starkes Land". Daß sie ihre Rede arabisch untertiteln ließ, wird wenig zur Integration beitragen, auch nicht, wenn sie dann - wohl mehr zur Beruhigung einheimischer Skeptiker - fromme Wünsche an die Adresse der Neuankömmlinge einschob:

"Unsere Werte, unsere Traditionen, unser Rechtsverständnis, unsere Sprache, unsere Gesetze, unsere Regeln - sie tragen unsere Gesellschaft, und sie sind Grundvoraussetzung für ein gutes, ein von gegenseitigem Respekt geprägtes Zusammenleben aller in unserem Land. Das gilt für jeden, der hier leben will."

Leider aber ist das mit der Integration von Millionen aus völlig anderen Kulturkreisen, Sprachen und Schriften, die in sehr kurzen Zeitabständen eintreffen und in der Regel wenig Schul- und Berufsbildung mitbringen, nicht so einfach und ist auch in der Vergangenheit im Durchschnitt ziemlich schlecht gelungen. Und das angebliche "umfassende Konzept" ist immer noch nicht zu erkennen, zumal es sofort und nicht morgen wesentlich größere Investitionen vor allem in den Wohnungsbau, das Bildungswesen, die Gesundheitseinrichtungen und die kommunale Verwaltung (einschließlich

Polizei) erfordern würde und nicht das Bestehen auf Schäubles "schwarzer Null". Wer will, kann natürlich mit der Kanzlerin weiter träumen.

Die Bilder, die um die Welt gingen: Die Kanzlerin "zum Anfassen":

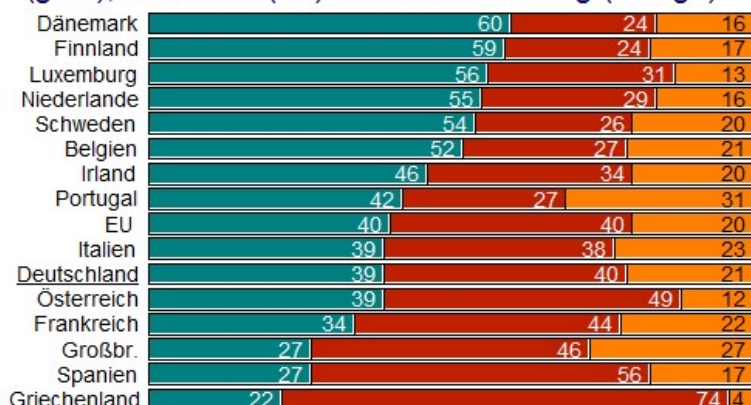


5. Kein Vertrauen in die europäischen Institutionen

Die Krise des Euro und zuletzt die Flüchtlingskrise haben integrationsfeindlichen Bewegungen, die vor allem den deutschen Sparkurs ablehnen, in Griechenland, Italien, Spanien und Frankreich Auftrieb gegeben. Die Unfähigkeit der EU-Instanzen, mit diesen Krisen fertig zu werden, schädigt deren Image auch in den Augen der EU-Bürger, die sonst nicht zu extremen Auffassungen neigen. Immer mehr wird die EU-Kommission als ein bürgerfernes bürokratisches Monstrum ohne demokratische Kontrolle gesehen, das immer weniger Vertrauen genießt. Das Verhalten der Kommission in den Verhandlungen mit den USA zum TTIP, die gegen die Meinung von Mehrheiten in den Bevölkerungen geführt werden, trägt dazu bei. Kommissionspräsident Juncker erweckt schon als Person der alten Garde, nicht zuletzt wegen seiner Verstrickung in luxemburgische Steuervorteile für die Multis, wenig Vertrauen.

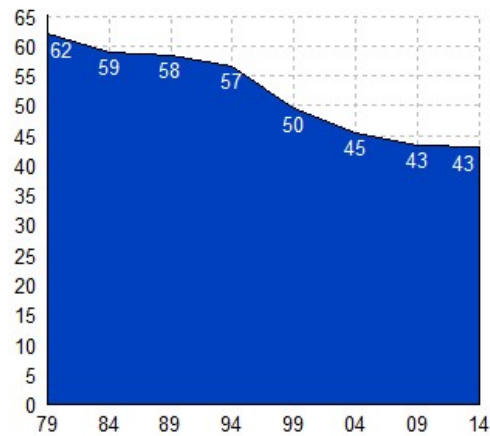
Nur noch 40 % aller Befragten hat nach einer Eurobarometer-Umfrage der Kommission Vertrauen in diese, in Deutschland sogar nur noch 39 % (Abb. 18710). Die Wahlbeteiligung an Europawahlen ist auf 43 % abgesackt (Abb. 06171). Nicht zu Unrecht bezeichnete der US-Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman die EU in der "New York Times" als "Elitenprojekt, das als alternativloser Weg der Weisheit verkauft wurde". Das aber funktioniere nur so lange, wie die Menschen von der Weisheit ihrer Anführer überzeugt seien.

18710: Umfrage: Vertrauen Sie der EU-Kommission: eher (grün), eher nicht (rot) oder ohne Meinung (orange)



Quelle: Eurobarometer, Frühjahr 2015. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

06171: Wahlbeteiligung bei Europawahlen in %



Quelle: Europaparlament. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

Während zum Vertrauen in die EU-Kommission von dieser noch Umfragen gemacht werden, stellt sich die EZB solchen Umfragen bewusst nicht. Das Ergebnis wäre wahrscheinlich verheerend, jedenfalls in Deutschland. Hier dürfte die EZB vertrauensweise eine Nullnummer im Vergleich zur seinerzeitigen Bundesbank sein, als letztere noch allein die Geldgeschäfte ordnete. Der massive Kauf von Staatsanleihen stark verschuldeter Euroländer mit den Mitteln aus der Notenpresse, eine Zinspolitik, die vor allem Ersparnisse und Lebensversicherungen trifft, und eine Weichwährungspolitik, die Importe verteuert, kommen in Deutschland nicht gut an. Nach einer Umfrage von Statista vom Frühjahr 2015 hatten nur noch 32 % der Deutschen Vertrauen in die EZB, in Österreich sind es nach einer Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik sogar nur 23 %.

6. Fazit:

Die EU hat keine Konzept für die drei schlimmsten Krisen ihrer Geschichte. Die Politik versucht vor allem, die Euro-Garage zu retten, und läßt dabei das Haupthaus abbrennen. Doch wird die EU Ballast abwerfen müssen, um mit

dem Zuspruch ihrer Bürger überleben zu können. Dazu wird vor allem ein geordneter Rückzug aus dem die EU vergiftenden Euro gehören müssen, damit wieder Solidarität wachsen kann (wenn es nicht schon zu spät dafür ist). Auch Deutschland wird mit einer erheblichen Aufwertung nach Ausstieg aus dem Euro und mit Verzichten auf Forderungen gegen seine Europartner einen hohen Preis für das Überleben der vom Euro befreiten EU zahlen müssen.

* * * * *

[Hier](#) können Sie diesen Rundbrief bewerten.